

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/06/2004
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 14.12.2004
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Verpflichtung der neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
2. Wahl des Vorsitzenden des JHA
3. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter/-in
Vorlage: 0834/2004
4. Mitteilungen
5. Anliegen der Jugendräte
6. Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung 2005 - 2007
Vorlage: 0881/2004
7. Ferienfreizeitmaßnahmen des Fachbereiches Jugend und Soziales
Vorlage: 0775/2004
8. Bildung eines Unterausschusses JHA - Jugendhilfeplanung
9. Vorschlag Bündnis 90/Die Grünen zur Tagesordnung gem. § 6 (4) GeschO
hier: Antrag zur Qualitätssicherung in Schulen, Kindergärten, Horten und Einrichtungen der Jugendhilfe
Anlagen
10. Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
Ausgestaltungsvertrag einer Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit in Hagen
Vorlage: 0818/2004
11. Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2003
Vorlage: 0382/2004
12. Antrag der Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen auf finanzielle Förderung der Arbeit
Vorlage: 0897/2004
13. Weihnachtsbeihilfe für junge Menschen in Pflegefamilien, Heimen und sonstigen betreuten Wohnformen

Vorlage: 0859/2004

14. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs.8 der Geschäftsordnung

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Kooperation mit Musik-Office-Hagen
2. Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung 2005 - 2007

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Verpflichtung der neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Finkensiep eröffnete die Sitzung des JHA und begrüßte die neuen und die alten Mitglieder. Nach einer kurzen Einführung erfolgte die Verpflichtung der neu gewählten Mitglieder des Ausschusses durch Vortrag der Verpflichtungsformel.

2. Wahl des Vorsitzenden des JHA

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Finkensiep bat um Vorschlag für den Vorsitz im Jugendhilfeausschuss und dessen Stellvertreter. Als Vorsitzender wurde Herr Strüwer und als Stellvertreterin Frau Klos-Eckermann vorgeschlagen. In zwei getrennten Wahlgängen wurde in beiden Fällen ein einstimmiges Abstimmungsergebnis erzielt.

Beschluss:

Der Ausschuss wählt Herrn Wilhelm Strüwer zum Ausschussvorsitzenden.

Der Ausschuss wählt Frau Sybille Klos – Eckermann zu seiner Vertreterin

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |

<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: 1

3. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter/-in Vorlage: 0834/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer als neuer Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses stellte die Stärken des JHA heraus und gab Perspektiven für die Zukunft, die sich am Machbaren orientieren müssen.

Er stellte weiterhin die vorgeschlagene Schriftführerin und die Stellvertreter/-in namentlich vor.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bestellt für die Wahlzeit des Rates zur Schriftführerin

Frau Sabine Krause

und als Vertreter/-in

1. Herrn Mario Schöffler

2. Frau Liane Meyer

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

4. Mitteilungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Schmidt teilt mit, dass sich der Verwaltungsvorstand mit dem Thema Konsolidierungskonzept beschäftigt hat. Alle Einsparungen im Kindergartenbereich haben ein Fragezeichen bekommen. Am Ende der Beratung wird das Konsolidierungskonzept zusammengebunden und mit Hilfe der Politik besteht berechtigte Hoffnung, dass aus diesem Fragezeichen ein Ausrufezeichen wird. Dies war zunächst ein Zwischenstand.

Herr Steuber berichtet, dass das Institut für soziale Arbeit und das Landesjugendamt wie immer zu Beginn einer neuen Legislaturperiode Angebote übersandt hat, die es den Mitgliedern des Ausschusses leichter machen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Vielleicht kann der Jugendhilfeausschuss sich bis zur nächsten Sitzung positionieren, ob er davon Gebrauch machen will, damit eine entsprechende Teilnahme organisiert werden kann.

Weiterhin teilt Herr Steuber mit, dass sich alle Arbeitsgemeinschaften nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz 1-5 am 6.12.2004 getroffen haben. Es wurde über die vom Rat vorgegebenen Einsparvorgaben gesprochen. Alle darin vertretenden Organisationen und Einrichtungen haben eine entsprechende Erklärung abgegeben, so dass die Vorgaben akzeptiert sind.

Herr Steuber teilt außerdem mit, dass ein Kontrakt für die Kinder- und Jugendarbeit vorbereitet wird. Es wird beabsichtigt, ihn ca. Februar 2005 vorzulegen. Hierdurch soll eine längerfristige Kinder- und Jugendarbeit in Hagen durch diesen Kontrakt abgesichert werden.

Vom Kinder- und Jugendbüro wird berichtet, dass es im Rahmen einer kinder- und familienfreundlichen Stadtentwicklung parallel zur Aufstellung des Hagener Flächennutzungsplanes ein eigenes Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche geben wird. Hierzu gibt es eine Bedarfsabfrage bei den fünf Hagener Jugendräten, die sich entschlossen haben, sich diesem Thema zu widmen. Es wird hierzu ein externes Planungsbüro beauftragt, das mit dieser Vorgehensweise bereits gute Erfahrungen gemacht hat.

Herr Fischer berichtet, dass der Jugendring auch im nächsten Jahr Projekte für Toleranz und Demokratie anbieten will. Es wird der Aktionsplan 2005 erarbeitet. Der Jugendring ist für seinen Aktionsplan durch die Stiftungsinitiative Saatkorn ausgezeichnet worden mit einer Summe in Höhe von 900,- €.

5. Anliegen der Jugendräte

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Akbada berichtet über die bevorstehende Gründung des Jugendrates Mitte.

Weiterhin legt er das Projekt Ruhrtal dar, welches sich mit der Umgestaltung der Gebiete an der Ruhr beschäftigt. Es wird hier Interessantes für Jugendliche entwickelt. Für das Floßprojekt sind EU-Mittel bewilligt worden. Die Planung des Projekts läuft und die Umsetzung steht an.

6. Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung 2005 - 2007

Vorlage: 0881/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schildert die Situation und die Auswirkungen auf die von den Kirchen geführten Kindergärten. Auf Grund der wegbrechenden Kirchensteuereinnahmen können die Kirchen ihre Kindergärten nicht mehr in bewährter Form weiterführen. Er weist darauf hin, dass nicht die Sparmaßnahmen der Stadt Hagen für diese Problematik verantwortlich sind, wie dies fälschlicherweise in den Medien geschildert worden ist. Die Stadt Hagen bezuschusst die Kindergärten mit mehr als 11 Millionen Euro pro Jahr. Gemeinsam müssen nun Möglichkeiten gesucht werden, die Kindertenschließungen zu vermeiden.

Zur Fortschreibung der Bedarfsplanung lobt Herr Strüwer ausdrücklich die Vorarbeit von Frau Haack.

Herr Dr. Schmidt schließt sich diesem Lob an und stellt die Fortschreibung der Jugendhilfeplanung vor. Kindergartenbedarfsplanung ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Der aktuell vorgelegte Bericht zum Arbeitsfeld Tageseinrichtungen enthält u.a. eine Bestandserhebung sowie eine Bedarfs- und Wohnortanalyse. Die Planung sei erschwert durch Probleme beim Anmeldeverfahren. Die Fortschreibung der Kindergarten – Bedarfsplanung 2005 bis 2007 und die vorgelegte Veränderungsliste seien als Diskussionsgrundlage zu verstehen. Hierbei sei auch die zukünftige demographi-

sche Entwicklung berücksichtigt. Die Veränderungsvorschläge sollen Grundlage für die Gespräche zwischen Stadt, kirchlichen Gesamtverbänden und den jeweiligen Trägern dienen. Dr. Schmidt berichtet über sehr solidarische Gespräche, die bereits stattgefunden haben. Ziel muss es sein, für mindestens zwei Jahre eine Planungssicherheit im Kindergartenbereich zu erreichen.

Es wird von Herrn Strüwer vorgeschlagen, bezirksweise die Bedarfsplanung zu besprechen.

Zum Stadtteil Haspe gibt Frau Haack an, dass dort viele Eltern ihre Kinder in dortigen Kindergärten untergebracht haben, die dort selbst nicht wohnen. Eine Verpflichtung, seine Kinder in seinem Wohnort anzumelden, gibt es nicht.

Herr Haensel fragt an, ob das vorgelegte Zahlenmaterial bereits der Feinschliff ist oder ob es noch Korrekturen gibt. Herr Dr. Schmidt und Frau Haack können zu einzelnen Punkten Missverständnisse ausräumen. Sie verweisen nochmals auf die den Trägern zugesagten Gesprächen, die selbstverständlich noch Änderungen zulassen.

Zum Stadtteil Mitte wurde berichtet, dass der demographische Faktor nicht greift, so dass Einsparungen hier nicht zu erwarten sind.

Herrn Reinke wird berichtet, dass Grundschulbezirke anders aufgeteilt sind als die politischen Bezirke.

Zum Bezirk Eilpe/Dahl wird ausgeführt, dass dieser überdimensional betroffen ist.

In der nachfolgenden Diskussion wird klar, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten finanziellen Zusagen angeboten werden können. Bevor über eine finanzielle Unterstützung der betroffenen Träger verhandelt werden kann, müssen diese betriebswirtschaftliche Einblicke in ihre Bücher zulassen. Auch müsse eine Gesamtlösung mit verbindlichen Aussagen zum gesamten Stadtgebiet erfolgen.

Die finanziellen Überlegungen sind aber konkret im nicht-öffentlichen Teil zu erörtern.

Herr Schurgacz schlägt vor, Verhandlungen über den Gemeindeverband zu führen, damit nicht jeweils Einzelgespräche geführt werden müssen.

Herr Decker fragt an, ob der Anmeldetourismus abgestellt werden kann. Herr Machatschek erläutert, dass über die Aufnahme der Träger entschieden wird. Es wird aber über ein Anmeldeverfahren mit Rangliste nachgedacht.

Herr Schledorn meint, dass es erklärtes Ziel sein müsse, den derzeit beschäftigten Erziehern eine Perspektive zu geben.

Frau Kurte unterbreitet zum Beschlussvorschlag der Verwaltung eine Ergänzung in Form eines neuen Absatz vier. Der alte Absatz 4 wird Absatz fünf.

Es besteht Einigkeit, dass es in erster Linie um Träger mit hohem Eigenanteil gehe. Herr Schledorn weist daraufhin, dass aber auch Gesprächsbereitschaft besteht, wenn an anderer Stelle Probleme entstehen.

Im Anschluss wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der Gespräche mit der ev. und der kath. Kirche in die Januarsitzungen von JHA, HFA und Rat einzubringen, damit das Anmeldeverfahren für das neue Kindergartenjahr in allen Hagener Einrichtungen gesichert ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den regionalen Hagener Anbietern Gespräche zur Umsetzung der Kindergarten-Bedarfsplanung zu führen und die Ergebnisse im Mai 2005 zu berichten.
4. Die Verwaltung erarbeitet ein Bestandssicherungskonzept.
Ziel ist es, mit betroffenen Trägern von Kindertageseinrichtungen ein verbindliches und einvernehmliches Gesamtkonzept für die Kindergartenjahre 2005/2006 und 2006/2007 unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und der Auswirkung der Offenen Ganztagsgrundschule zu entwickeln.
Die finanzielle Absicherung soll auf der Basis einer zwischen Stadt und Trägern zu treffenden Vereinbarung erfolgen, wobei die Verteilung zusätzlicher Mittel für die Träger mit hohen Eigenanteilen durch die kirchlichen Gesamtverbände koordiniert werden soll.
Verbindliche Bestandszusagen und Verwendungsnachweise sind Bestandteile auszuhandelnder Verträge.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Trägern mögliche organisatorische und personalwirtschaftliche Optimierungen der Kindergarten-Betreuung und des Anmeldeverfahrens in Hagen zu erörtern.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

7. Ferienfreizeitmaßnahmen des Fachbereiches Jugend und Soziales
Vorlage: 0775/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Da sich die Ferienfreizeiten seit Jahren bewährt haben, wird vorschlagsgemäß beschlossen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Vorbereitungen der Ferienfreizeiten 2005 zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt gemäß § 6 Abs. 3.7 der Satzung für das Jugendamt vom 24.02.1994 der Vergabe von Lieferungen und Leistungen für die Abwicklung der geplanten Ferienmaßnahmen für 2005 zu.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

8. Bildung eines Unterausschusses JHA - Jugendhilfeplanung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

In den Unterausschuss Jugendhilfeplanung wird Frau Burghardt, Frau Köppen, Frau Kurte, Herr Gebauer, Herr Fischer und Herr Schledorn benannt.

**9. Vorschlag Bündnis 90/Die Grünen zur Tagesordnung gem. § 6 (4) GeschO
hier: Antrag zur Qualitätssicherung in Schulen, Kindergärten, Horten und Ein-
richtungen der Jugendhilfe
Anlagen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Köppen führt in dieses Thema ein und schlägt eine gemeinsame Tagung des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses in der Zukunft vor, damit die Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität in Schulen, Kindergärten, Horten und Einrichtungen der Jugendhilfe besser auf einander abgestimmt werden können.

Herr Strüwer lobt den konstruktiven Vorschlag, die angesprochenen Themenbereiche ohne großen administrativen und bürokratischen Vorlauf in einer gemeinsamen Sitzung von JHA und Schulausschuss auch unter Einbeziehung der Thematik „Offene Ganztagschule“ zu erörtern. Er stellt diese Vorgehensweise zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: 2

10. Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Ausgestaltungsvertrag einer Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit in Hagen**Vorlage: 0818/2004****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber berichtet, dass bereits 87 % der Anträge gestellt worden sind. Die Erfassung läuft an sieben Tagen der Woche und wäre ohne Samstagsarbeit nicht zu bewältigen gewesen. Es werden in den nächsten Tagen noch Vivento-Mitarbeiter eingestellt.

Es liegen für den Fall der Fälle Notfallpläne bereit, so dass für alle Arbeitslosengeld-II-berechtigten ab dem 3.1.2005 die zustehenden Zahlungen gesichert sind.

Sicherheitsfragen werden mit dem Polizeipräsidium abgesprochen.

Herr Kruska fragt an, warum der Jugendhilfeausschuss zwar beraten, aber nicht informiert werden soll und ob noch Mittelüberschüsse nicht verplant sind.

Herr Dr Schmidt sagt ständige Informationen zu und erläutert, dass die angesprochenen Mittel in die Budgetplanung einbezogen und nicht für die Personalausgaben der ARGE gedacht sind. Die ARGE soll so preiswert wie möglich gestaltet werden.

Herr Gebauer möchte wissen, ob es genug Fallmanager gibt und ob die freien Träger involviert sind. Herr Steuber erläutert, dass zur Zeit niemand sagen kann, wie viele Anspruchsberechtigte es geben wird. Die jetzige Startformation kann jeder Zeit den Gegebenheiten angepasst werden.

Der Fallmanager hat einen öffentlich-rechtlichen Auftrag zu erfüllen, aber für die freien Träger besteht sicher die Möglichkeit, in Projekten mitzuarbeiten.

Herr Strüwer stellt heraus, dass noch ungeklärte Punkte zwischen der Agentur für Arbeit und der Stadt Hagen kurz vor der Einigung stehen, so dass über den Antrag abgestimmt werden kann.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen stimmt dem Abschluss des Vertrages über die Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44b SGB II zwischen der Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch die Agentur für Arbeit Hagen und der Stadt Hagen zu.
2. Die Arbeitsgemeinschaft trägt den Namen "ARGE Hagen".
3. Der Rat nimmt das in den Anlagen dargestellte Organisations-, Personal- und Finanztableau zur Kenntnis.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die im Vertrag vorgesehenen Zuweisungen städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur ARGE Hagen in Abstimmung mit dem Personalrat vorzunehmen.

5. Der Rat benennt folgende Personen für die Trägerversammlung
 - 1.
 - 2.
 3. Oberbürgermeister Peter Demnitz, vertreten durch Herrn Dr. Schmidt
 4. Gerd Steuber, Vertreter Herr Dr. Brauers
 5. Als Vertreter(in) des Personalrates: Frau Flühshöh, Vertreter Herr Brandau
6. Der Rat benennt als Vorsitzenden der Trägerversammlung ...
7. Der Rat beauftragt die unter 5 (1 - 5) genannten Mitglieder der Trägerversammlung der Benennung von zum Geschäftsführer der ARGE Hagen für die Dauer von drei Jahren zuzustimmen.
8. Der Rat benennt folgende 5 Personen und deren Vertreter für den Beirat ...
9. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Sozialausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss regelmäßig über den Fortgang in der ARGE Hagen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**11. Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2003
Vorlage: 0382/2004****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer weist daraufhin, dass viel in der Presse über diesen Bericht spekuliert worden ist und bittet um eine kurze Darstellung von Herrn Goldbach. Dieser erläutert, dass der Kulturausschuss den Bericht in erster Lesung zur Kenntnis genommen hat und dass zusätzliche Informationen zur Verwendung von Mittel Dritter schriftlich

vom Music-Office angefordert worden sind. Die späte Vorlage des Berichts ist auf die Kommunalwahl und die sitzungsfreie Zeit zurückzuführen.

Herr Fischer bittet um Anpassung der Berichtsstruktur, damit die Inhalte gut erstellt werden können und für die Politik und Verwaltung gut lesbar werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Kultur- und Weiterbildungsausschuss nehmen den Jahresbericht des Music-Office-Hagen für das Jahr 2003 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

12. Antrag der Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen auf finanzielle Förderung der Arbeit Vorlage: 0897/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu der vorgelegten Tischvorlage bittet Herr Strüwer Herrn Dr. Sander um eine kurze Zusammenfassung. Dieser führt aus, dass der Richterbund mitgeteilt hat, dass die Jugendkriminalität angestiegen ist. Dies ist unter anderem auf die mangelnde Erziehungskompetenz der Eltern zurückzuführen, so dass hier interveniert werden sollte. Die Beratungsstelle erzielt gute Erfolge mit dem Programm Tripple P. Da aber Landesmittel reduziert werden, ist eine Fortführung der Beratungsstelle Hohle Str. nicht gesichert. Es wird um einen städtischen Zuschuss in Höhe von 10.000,- € gebeten.

Herr Strüwer unterbreitet den Vorschlag, diesen Antrag in die Haushaltsberatungen

für das Jahr 2005 durch die Verwaltung mit einbringen zu lassen.

13. Weihnachtsbeihilfe für junge Menschen in Pflegefamilien, Heimen und sonstigen betreuten Wohnformen

Vorlage: 0859/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer bedankt sich bei der Verwaltung, dass im Vorfeld bereits Finanzierungsmöglichkeiten auch mit Blick auf die Sparkasse gesucht wurden, damit weiterhin die Gewährung dieser freiwilligen Leistung möglich ist. Es erfolgt folgender Beschluss:

Beschluss:

Junge Menschen, die auf Kosten des Jugendamtes ganztags in Pflegefamilien, Heimen oder sonstigen betreuten Wohnformen leben, erhalten 2004 eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 40,-- €.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

14. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs.8 der Geschäftsordnung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Die SPD stellt an die Verwaltung die Frage in bezug auf die Maßnahmenplanung Krisenintervention und Kinderschutz und bittet um einen Sachstandsbericht zum Thema Straßenkinder und einer möglichen Stellenbesetzung. Herr Dr Schmidt teilt mit, dass auf Grund der schwierigen Haushaltslage keine Lösung in Sicht sei. Es werde darüber nachgedacht, für diesen Bereich eine halbe Sozialarbeiterstelle vorzusehen. Er persönlich halte aber die Wahrnehmung der Aufgabe durch einen freien Träger für zweckmäßiger.

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Kooperation mit Musik-Office-Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach teilt mit, dass enge Gespräche mit dem Träger ESW geführt werden, der auch bereits Maßnahmen ergriffen hat. In der Zielsetzung sei man sich einig. Es wird noch abgestimmt, wie das Konzept Kultopia umgesetzt werden kann und wie die Maßnahmen des Music-Office etwas zielgenauer zu machen sind.

Herr Strüwer gibt zu bedenken, dass es eine Zusicherung gibt, einen Beirat zu bilden.

Herr Goldbach schlägt vor festzulegen, wie breit die Beteiligung an diesem Beirat angelegt werden soll, da dies bis in den jugendkulturellen Bereich hinein möglich wäre. Auch die Besetzung sollte festgelegt werden.

2. Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung 2005 - 2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr Schmidt schlägt in Abstimmung mit dem Vorsitzenden vor, dass Herr Schurgacz und Herr Kruska mitteilen, um was es ihnen geht und über welche konkreten Beträge diskutiert werden wird. Im Anschluss soll eine Beratung ohne Anwesenheit der Kirchenvertreter stattfinden.

Herr Schurgacz legt dar, dass seit zweieinhalb Wochen ein neues Finanzierungskonzept für Tageseinrichtungen für Kinder im Erzbistum Paderborn auf dem Tisch liegt. Über 20 Millionen € werden durch das Erzbistum jährlich für Kindertagesstätten ausgegeben.

Der Rückgang der Kirchensteuer hat zu einem Rückgang der Gesamteinnahmen in Höhe von 30 Millionen € geführt. Daraufhin sollen 10% der Mittel, die für Kindertagesstätten aufgebracht werden, eingespart werden. Für Einrichtungen, die eine Unterversorgung an katholischen Kindern aufweisen, soll ab dem Kindergartenjahr 2006/2007 eine Gruppe geschlossen werden. Die anderen Gruppen werden weiterhin gefördert. Wenn dieses Konzept so umgesetzt wird, heißt das für Hagen, dass in 18 Einrichtungen 13 Gruppen abgebaut werden müssen. Für jede Gruppe werden durch die Kirche 18.800,- € aufgewendet, so dass ein Finanzierungsmehrbedarf ab 2006 in Höhe von 245.000,- € vorliegt.

Es wird noch geprüft, ob dieser Betrag durch andere Einsparmaßnahmen oder Ko-

operationen mit der evangelischen Kirche aufgefangen werden können. Herr Strüwer möchte wissen, ob über Spendenfinanzierung nachgedacht worden ist. Dies wird heute bereits praktiziert, da in manchen Kirchengemeinden der Haushalt nicht ausgeglichen ist. Grundstücksverkäufe scheiden für die Begleichung laufender Ausgaben aus.

Aus der nachfolgenden Diskussion ergibt sich der Wunsch beider Seiten, sich aufeinander zu bewegen.

Herr Steuber weist noch daraufhin, dass bei den vorgelegten Zahlen, der demographische Faktor abzusetzen ist.

Herr Kruska führt für die evangelische Kirche aus, dass der Mitgliederschwund für den Rückgang der Mittel verantwortlich ist. Zur Zeit gibt es 23 % weniger Gemeindeglieder. Hieraus ergibt sich zusätzlich mit anderen Faktoren wie die Steuerreform für das Jahr 2005 ein Minus von 574.000,- €. Dieser Betrag soll natürlich nicht allein durch die Stadt ausgeglichen werden, sondern das muss in einem Prozess geschehen, wo auch Fördervereine, Spenden oder Rücklagen mit einbezogen werden sollen. Die zur Zeit errechnete Summe, die die evangelische Kirche von der Stadt benötigt, beläuft sich auf 290.000,- €. Teilweise ist auch das Diakonische Werk mit erfasst.

Im Anschluss an diese Ausführungen berät sich der Ausschuss ohne Anwesenheit der Kirchenvertreter.

Herr Dr Schmidt erläutert, wie weit die Hochrechnungen bei der Verwaltung gediehen sind und macht deutlich, dass es ein richtiges Prinzip ist, dass der Gesamtverband die städtischen Gelder bekommt, die sich sicherlich nicht vermeiden lassen, um diese an die betroffenen Träger weiterzuverteilen. Es muss aber sichergestellt sein, dass die Träger dies auch so unterschreiben.

Angesichts der angemeldeten Fehlbedarfe könne von einer Obergrenze von 400.000,-€ ausgegangen werden. 160.000,- € für die katholische Kirche, 240.000,-€ für die evangelische Kirche. Herr Strüwer verweist darauf, dass auch die nicht den Hagener Kirchen-Gesamtverbänden zuzuordnenden Kindereinrichtungen in Dahl und Hohenlimburg zu berücksichtigen seien.

In der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Decker, Herr Schledorn, Herr Fischer, Herr Reinke, Herr Kebekus und Herr Strüwer. Es wird deutlich, dass es noch großen Abstimmungsbedarf gibt, bevor man zu einer Entscheidung kommen kann.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass basierend auf den Beschluss, den der Ausschuss im öffentlichen Teil getroffen hat, die Verwaltung zu beauftragen in weitergehenden Gesprächen mit allen Beteiligten ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, dass dann auch verbindlich für das gesamte Stadtgebiet beschlossen werden kann. Hier gibt es allgemeine Zustimmung.

Ende des nicht- öffentlichen Teiles: 19.15 Uhr

C. ANWESENDE

Name	Bemerkungen
Frau Burghardt, Christa	Kinderschutzbund
Herr Feldhaus, Uwe	
Herr Feldheim, Hagay	Jüd. Kultusgemeinde
Herr Finkensiep, Michael	
Herr Fischer, Frank c/o Evangelische Jugend	Ev. Jugend
Herr Gebauer, Michael	Caritas
Herr Haensel, Thomas	Diak. Werk
Herr Halfter, Michael	Landgericht
Herr Kebbekus, Stefan	Stadtelternrat
Herr Levien, Rainer	Bundesagentur für Arbeit
Frau Nowicki, Jutta	Ev. Kirche
Frau Opitz-Hildebrand, Gisela	Schulaufsicht
Herr Rameswaran, Prasanna	Jugendrat
Frau Schaldach, Jasmin	Jugendrat
Herr Beigeordneter Dr. Schmidt, Christian	Stadt Hagen
Herr Schmidt, Stefan	
Frau Schulz, Ingrid	Tagesmütterwerk
Herr Schurgacz, Johannes	Kath. Kirche
Herr Steuber, Gerd	Fachbereich Jugend & Soziales Stadt Hagen
Herr Zoremsky, Joachim	Polizeipräsidium Hagen
Herr Jörg, Wolfgang	SPD
Frau Klos-Eckermann, Sybille	SPD
Herr Schledorn, Jörg	SPD
Frau Kurte, Hildegard	CDU
Herr Reinke, Detlef	CDU
Herr Strüwer, Wilhelm	CDU
Frau Köppen, Karin	GRÜNE
Herr Dücker, Viktor	FDP
Herr Decker, Frank	BfH

Vorsitzende/r

Schriftführer/in